

## Diese Gelegenheit darf nicht verpaßt werden

Seit sechs Jahren bemühen wir uns, die ärztliche Versorgung in Mörfelden zu verbessern. Eine der ersten Forderungen unserer Stadtverordneten (1968!) an den Magistrat war, geeignete Maßnahmen für eine bessere, zeitgemäße ärztliche Versorgung zu ergreifen.

Im Parlament und in unserer Ortszeitung „Blickpunkt“ brachten wir immer wieder die Forderung der Mörfelder Bevölkerung vor und zeigten auf, daß unsere Stadt dringend noch weitere praktische Ärzte (Allgemeinmediziner), einen Kinderarzt, einen Frauenarzt und eventuell weitere Fachärzte für Hals-Nasen-Ohren, Augen, Orthopädie und einen Internisten benötigt. Wir meinten, daß es möglich sein müßte, Räume für das tageweise Praktizieren von Fachärzten zur Verfügung zu stellen.

Als wiederholte Bauplatz- und Darlehensangebote der Stadt sowie das Bereitstellen von alten Praxisräumen einschließlich Inventar nichts nutzten, schlugen wir neue Wege vor. Die DKP Mörfelden setzte sich mit Ärzten an einen Tisch und arbeitete einen Entwurf für ein Gesundheitszentrum aus.

Dieser Entwurf liegt allen Stadtverordneten und dem Magistrat seit April 72 vor, aber man wagt sich nicht ernsthaft an dieses Thema heran. Man geht um die Sache herum, wie die Katze um den heißen Brei. Vor wem haben die drei übrigen Parteien, SPD, FDP und CDU, Angst? Wollen sie die hiesigen Ärzte nicht vergrämen? Ist ihnen unsere Idee zu fortschrittlich, oder sehen

und spüren sie den akuten Mangel auf diesem Gebiet nicht selbst?

Dies alles möchten wir ihnen nicht unterstellen, denn anderenorts werden mittlerweile Forderungen nach solchen Einrichtungen von der SPD und sogar von der CDU gestellt. Auch die Kassenärztliche Vereinigung will in Hessen 10 Ärztehäuser errichten.

Da wir den übrigen Mörfelder Parteien kein engstirniges Hinterwäldlertum nachsagen wollen, vermuten wir die reservierte Haltung in dieser Frage anders begründet. Wir glauben, all unsere Gedanken und Vorschläge werden nur deshalb umgangen, abgelehnt oder mit Zurückhaltung aufgenommen, weil sie von den Kommunisten vorgebracht werden. Diese Haltung ist unverantwortlich der betroffenen Bevölkerung gegenüber.

Wie könnten wir es sonst verstehen, daß Sozialdemokraten in Bruchköbel Kreis Hanau dieser Tage der Presse mit ihrer geplanten „Gemeinschaftspraxis“ eine Einrichtung vorstellten, die in der Bundesrepublik noch nicht ihresgleichen hat. Dort soll das verwirklicht werden, was die DKP-Mörfelden seit Jahren fordert.

Ein fachübergreifendes Ärzteteam soll den Patienten von der Diagnose über die Therapie bis zur Rehabilitation und psychosozialen Betreuung begleiten.

Einem dort gebildeten „Gründungsverein zur Entwicklung eines Gesundheitszentrums“ gehören Fach- und Allgemeinärzte verschiedener Disziplinen

sowie medizinisches Assistentenpersonal, Sozialarbeiter und Psychologen an. Das Ärzteteam propagiert nicht eine lose Apparategemeinschaft, wie sie die schon existierenden Praxisgemeinschaften darstellen, in denen ansonsten jeder Arzt „selbständiger Unternehmer“ ist, sondern betrachtet die Patienten als gemeinschaftliche Aufgabe. Gemeinsame Diagnose, gemeinsame Therapie, ein eigenes Labor, Krankengymnastik und psychosoziale Betreuung bestimmen das Konzept.

Die ca. 14 000 Einwohner starke Gemeinde erstellt dort ein 2 Millionen-Projekt und der Gründungsverein wird Mieter der Einrichtung.

Wenn die DKP seither für Mörfelden ein Gesundheitszentrum forderte, wurde es immer damit beiseite geschoben, daß man dafür kein Geld hätte. Nun ergibt sich eine neue Möglichkeit. Das derzeitige Rathaus wird, durch den Umzug der Verwaltung in ein neues Gebäude, in den nächsten Wochen frei.

Auf Antrag der DKP-Fraktion wurde dieser Tage in den Ausschüssen folgendes beschlossen:

„Es ist zu prüfen, ob das alte Rathaus als Übergangslösung für ein Ärztehaus (medizinisch-technisches Zentrum) Verwendung finden kann. Das alte Rathaus wird keiner kommerziellen Nutzung zugeführt. Die Einrichtung eines Zentrallabors für Mörfelder Ärzte bleibt davon unberührt.“

Die Gelegenheit, daß Mörfelden in kür- ▶

zester Zeit ein Gesundheitszentrum erhalten könnte, muß genutzt werden. Hierzu gehören:

- Propagierung eines solchen Vorhabens zur Anwerbung interessierter Fachkräfte.
- Ein Architekt, oder das Mörfelder Bauamt beauftragen, um Pläne für die Renovierung zu erstellen. Dies sollte in Zusammenarbeit mit Fachgremien erfolgen.
- Bildung eines Gründungsvereins für ein Mörfelder Gesundheitszentrum.
- Beantragung von Zuschüssen.

Abschließend wollen wir hiermit nochmals an alle Verantwortlichen appellieren. Das ärztliche Versorgungssystem kann bei uns über Nacht katastrophale Formen annehmen, wenn einer oder zwei der Mörfelder Ärzte ausfallen. Unsere Stadt hat heute die gleiche Anzahl Ärzte wie vor 10 Jahren, aber die Bevölkerung ist in dieser Zeit um Tausende angewachsen. Immer noch stehen nur 5 praktische Ärzte für ca. 15000 Einwohner zur Verfügung. Immer noch hat Mörfelden keine Fachärzte. Nach offiziellen Richtlinien sollte jedoch bereits auf 500 Einwohner 1 Arzt kommen. (derzeitiger Bundesdurchschnitt: ca. 1 : 1250)

Außer der DKP wollen alle Parteien, daß Mörfelden in stärkerem Maße weiterwächst. Neue Baugebiete werden ausgewiesen. Wer in einer solchen Situation immer noch so weiter wursteln will wie bisher, muß sich doch den Vorwurf der Engstirnigkeit gefallen lassen.

Wenn das alte Rathaus sich als ungeeignet erweisen sollte, bleibt uns keine andere Wahl, als demnächst einen Neubau in zentraler Lage ins Auge zu fassen. Ohne neue Wege zu beschreiten, wird man wohl kaum weitere Ärzte gewinnen. Gerade jüngere Ärzte schrecken oft davor zurück, eine der üblichen Einzelpraxen mit all den Belastungen und Strapazen und der geringen Freizeit zu übernehmen. Gehen wir in Mörfelden mit gutem Beispiel voran. Die Gesundheit der Bürger rangiert vor allen anderen Maßnahmen an erster Stelle.

Heinz Hechler

# Bürgerhaus - Ärger ohne Ende

Über das Bürgerhaus haben wir schon oft geschrieben. Klagen gibt es genug und Klagen gibt es auch heute noch. Wem das Haus am Herzen liegt, der ärgert sich natürlich, wenn er bei einer kleinen Besprechung oder einer sonstigen Zusammenkunft eine Stunde warten muß, bis er sein Bier kriegt. Man ärgert sich, wenn man sieht, daß die Bürgerstube geschlossen ist. Man ist betrübt, wenn man sieht, an wievielen Tagen das Restaurant verödet daliegt. Elegante Stille, aber kein Leben. Auch für die Bedienung kein Anreiz. Sechzig Mark Umsatz von 18 Uhr bis nach Mitternacht (so was gab es schon). Wer will da fröhliche Kellnergesichter erwarten.

## Was tun?

Das Haus ist ein Bürgerhaus. Ein Haus für die Bürger dieser Stadt. Die Bürger können erwarten, daß etwas geschieht, damit das Haus wieder der Treffpunkt aller Mörfelder wird.

Wir meinen, daß das zu schaffen ist, und wir machen ein paar Vorschläge:

- Da sind einige Kucheneinrichtungen überaltert — es gibt Schwierigkeiten mit den Pommes frites. Eine neue Fritiermaschine ( ca. 2.000 DM) müßte gekauft werden.
- Da wird die Veranda nicht genutzt. Gartenstühle fehlen. Ein paar Anschaffungen sind hier nötig. Vielleicht kann man ein Eiscafe einrichten, und vielleicht kann man an warmen Sommerabenden da draussen sitzen — es gibt Gegrilltes — man hört die Bäume rauschen, und man trinkt seinen Rotwein.
- Man muß durch Faltwände etc. ein paar neue Kollegs schaffen, damit mehr Gruppen unterkommen können. Der "blickpunkt" machte hier schon konkrete Vorschläge.

- Die Bürgerstube muß man wieder öffnen. Mit einem ortsüblichen Bierpreis. Einfache Sachen — wie "Kaufmänner" und Rindswurstchen — müssen angeboten werden. Vorher muß man in der Bürgerstube wieder einen unempfindlichen Boden legen lassen.
- Wir schlagen eine große Werbekampagne für das Bürgerhaus vor. Ein ordentlicher Prospekt und ein paar Anzeigen müssen schon investiert werden. (Wir sind bereit, einen solchen Prospekt kostenlos in den "blickpunkt", die Stadtzeitung der DKP, einzulegen — die übrigen Parteiblättchen tun das vielleicht auch).

Wir meinen: man muß das Bürgerhaus für alle wollen — und alle Parteien und Gruppen müssen dabei helfen.

rh



## Tausend Mark

*Ein anonymes Spaßvogel schenkte dem "blickpunkt" tausend Mark. Nur, der Tausender war aus dem Jahre 1910.*

*Besser helfen uns die kleinen Spenden in der Währung, in der wir unser Papier bezahlen müssen.*

*Alle, die froh sind, daß es in Mörfelden einen "blickpunkt" gibt, bitten wir, uns mit einem kleinen Betrag zu helfen.*

*Jedes Mitglied der DKP nimmt Spenden an.*

*Unsere Kto.-Nr.: 900 34 19 bei der Kreissparkasse Groß-Gerau.*

## Chile Schwarzbuch

Das politische Buch des Jahres

Großband, 228 Seiten mit 200 Abbildungen.  
Ganzleinen mit farbigem Schutzumschlag, DM 12,80

ERHÄLTlich BEI  
DER DKP  
MÖRFELDEN

# REKLAMERUMMEL

## Was steckt dahinter?

Auszug aus einer Presseerklärung, die allen in unserem Gebiet erscheinenden Zeitungen zur Verfügung gestellt wurde. Eine ausführliche Berichterstattung über die Propaganda-Maßnahmen der Chemiefabriken erfolgte in allen Zeitungen. Die kritische Stellungnahme des DKP-Kandidaten mußte man vergeblich suchen.

Scheinbar ist der Ruf der großen Chemiegiganten nicht allzu gut. Denn die großen Umweltzerstörer Farbwerke Hoechst, Caltex, Glanzstoff polieren gerade mal wieder ihr Image.

Glanzstoff Kelsterbach, Großstinker und kapitaler Mainverschmutzer, verkauften heiße Würstchen am „Tag des Umweltschutzes“.

Caltex, ihre Abgase zerstören Wald und Autolack, gaben der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ eine „generöse Spende“.

Die Farbwerke, notorische Umweltvergifter, die seit ihrem Bestehen für Profit über Leichen gehen, machten Reklame-Ausstellungen in Walldorf und Mörfelden und werben in ihren Zeitungen für die „Extras von Hoechst“.

Zur Reklame-Show der Farbwerke ist folgendes zu sagen:

Es soll nicht bestritten werden, daß sich die Arbeiter und Angestellten der Farbwerke eine Reihe sozialer Verbesserungen erkämpft haben; dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch in Hoechst Existenzunsicherheit gibt.

1. Es gibt keine Sicherheit der Arbeitsplätze, wenn die Konjunkturlage sich verschlechtert. Kurzarbeit und Entlassungen, wie jetzt bei Opel und VW sind auch bei Hoechst jederzeit möglich.

2. Trotz angeblicher guter ärztlicher Versorgung war der Krankenstand in den ersten 3 Monaten 1974 überdurchschnittlich hoch. Da die Arbeiter und Angestellten aus Angst um ihren Arbeitsplatz und mögliche Prämien verluste trotz Krankheit oft zur Arbeit gehen, läßt der hohe Krankenstand auf eine verstärkte Arbeitsintensität und Gesundheitsgefährdung schließen.

3. Die Berufsausbildung ist zu sehr auf die betrieblichen Bedürfnisse zugeschnitten. Unliebsame Lehrlinge werden auch hier nach der Lehrzeit entlassen.

4. 1946 arbeiteten bei den Farbwerken Hoechst in Ffm-Höchst ca. 10.000, heute sind es ca. 30.000 Beschäftigte. Die Befriedigung der dadurch entstandenen gesellschaftlichen Bedürfnisse an Wohnungen, Straßen und Nahverkehrsmittel, Schulen und Berufsschulen bleiben weit hinter den betrieblichen Investitionen zurück. Der Gewinn aus der Produktion fließt in andere Kanäle.

5. Die Umweltbedingungen für die Umgebung haben sich seit Jahrzehnten rapide verschlechtert. Der Chemiegigant ist fast in die Wohngebiete Kelsterbach, Schwanheim, Sindlingen, Zeilsheim, Höchst und Griesheim eingewachsen. Luft- und Wasserverschmutzungen, Explosionsgefahren und zusätzliches Verkehrsaufkommen haben die Lebensqualität stark vermindert.

Eine objektive Beurteilung läßt die „Extras von Hoechst“ in einem anderen Licht erscheinen. Es ist mehr eine Extra-Stellung der Farbwerke Hoechst

in unserer Gesellschaft, in der privates Gewinnstreben höher steht als gesellschaftliche Verpflichtungen. Dies kann nur im Interesse der Gesellschaft verändert werden, wenn dieser multinationale Konzern in gesellschaftliches Eigentum überführt wird.

### Rudi Hechler

Landtagskandidat der DKP im Wahlkreis 47, Groß-Gerau

**GASOLINE:** The object of the so-called „oil crisis“ was to increase the price of fuel. This has now been done and fuel is in plentiful supply throughout Europe. A shortage was actually never noted here.

„Sinn der sogenannten „Ölkrise“ war es, den Benzinpreis zu erhöhen. Das ist nun geschehen und Benzin ist in ausreichender Menge in ganz Europa zu bekommen. Ein Mangel war hier sowieso nicht zu bemerken.“

(Auszug aus einem vielfältigen Antwortschreiben einer Autovermietung an ihre U.S.-Kunden vom März 1974)

**Die Kapitalisten müssen's ja wissen !**



Im Bereich der Caltex-Raffinerie in Raunheim geht nicht nur der Wald kaputt. Bei den Autos der Caltex-Arbeiter ist der Lack zerfressen; was sonst noch zerstört wird, kann man nur ahnen.

Die Caltex-Bosse erklären, es handele sich um „industrielle übliche Immissionen“. Die DKP meint, diese Caltex-Erklärung ist eine Unverschämtheit – nur aus Profit-sucht wurde seither versäumt, ausreichende Filteranlagen zu errichten. (Unser Bild: DKP-Landtagskandidat Rudi Hechler bei der Caltex-Raffinerie)

# WORUM GING ES IN FRANKFURT?

Die Frankfurter DKP gehört zu den Initiatoren des breiten demokratischen Kampfes gegen die vom Magistrat der Stadt beschlossene drastische Erhöhung der Tarife für die öffentlichen Verkehrsmittel. In der Stadt entwickelte sich eine gemeinsame Kampffront von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaften. Das ließ all jene nervös werden, die Aktionseinheit fürchten: Die CDU, die Monopol- und Bankherren, Staatsorgane wie den Verfassungsschutz, und auch rechte SPD-Führer.

Das ist der Hintergrund, vor dem man die Ereignisse der letzten Tage sehen muß. Wir Kommunisten erheben scharfen Protest gegen die Bürgerkriegsübungen der Frankfurter Polizei auf der Zeil. Zugleich aber stellen wir die Frage, wem nutzen die Versuche, den Verkehr zu blockieren? Und das zu einem Zeitpunkt, da die herrschenden Kreise versuchen, die ganze Entwicklung in unserem Land nach rechts zu drängen; da der Antikommunismus hochgepeitscht und eine Agenten-Hysterie entsetzt wird; da alle, die für Fortschritt und gesellschaftliche Veränderung eintreten, verteufelt und verketzert werden?

Es liegt auf der Hand, daß ultrarechte Kräfte die Vorgänge in Frankfurt als Vorwand nehmen, alle Aktionen gegen Massenbelastungen zu diskreditieren. Was nützt, das ist der Massenkampf gegen die Massenbelastungen. Wir Kommunisten warnen vor Methoden, die der Sache des arbeitenden Volkes schaden.

Während in der großbürgerlichen Presse ständig behauptet wird, daß „kommunistische Gruppen die Verkehrsblockade organisieren“, handelt es sich in Wahrheit bei den Einpeitschern der organisierten Zwischenfälle sowohl auf Seiten der Polizei als auch der „Demonstrationsteilnehmer“ um eingefleischte Antikommunisten, die mit der Arbeiterbewegung, mit dem Kampf gegen das Groß- und Rüstungskapital nicht das geringste zu tun haben. Im Gegenteil. Sie besorgen die Geschäfte all derer, die Vorwände suchen, die Entwicklung in unserem Land nach rechts zu drängen.

Wir Kommunisten wissen aus den Erfahrungen des Klassenkampfes um die Rolle von Provokationen. Wir lassen uns nicht beirren. Der Kampf gegen das Großkapital und gegen die Massenbelastungspolitik der Bonner Parteien erfordert vor allem das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse und aller vom Großkapital Ausgebeuteten. In diesem Sinne werden wir – ungeachtet ultrarechter und ultralinken Provokationen – weiter für die Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialdemokraten und christlichen Kollegen wirken und den Kampf gegen die Verkehrstariferhöhungen, gegen die Abwälzung der Folgen der Bonner Rüstungspolitik und der Profitjagd der Monopole auf die Schultern der Werktätigen verstärkt führen.

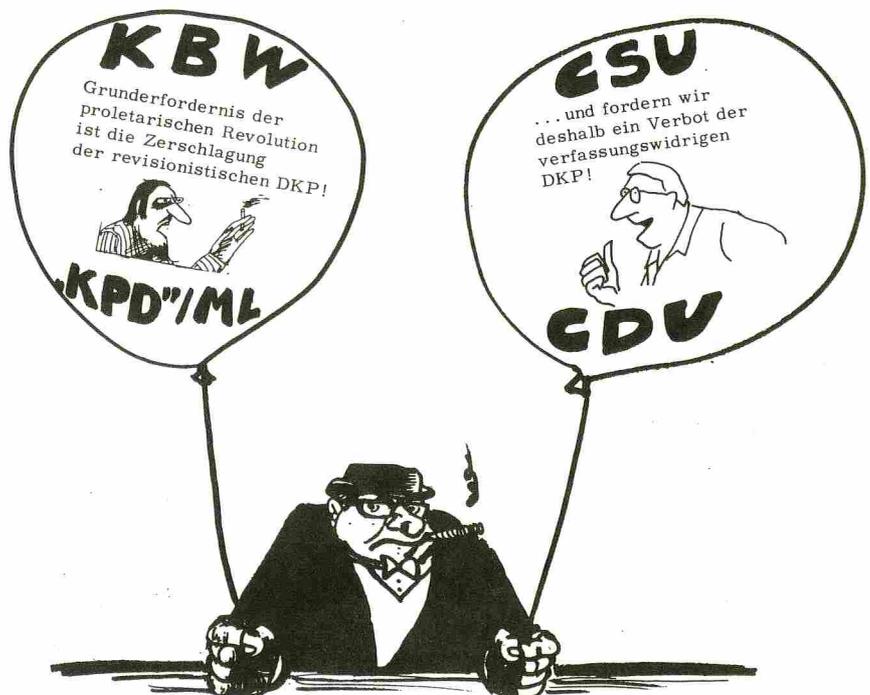
**Sepp Mayer**  
Bezirksvorsitzender  
der DKP Hessen

**UZ**  
Unsere Zeit  
Zeitung der DKP

die einzige  
vom Großkapital  
unabhängige Zeitung  
in der Bundesrepublik.

*Bestellen Sie  
Probeexemplare  
bei der DKP*

Rudolf Dötsch,  
Mörfelden, Schumannstraße 3



Doppelt gemoppelt hält besser,  
sagte das Kapital - und erfand  
die "ganz Linken".

Arbeiter, aufgepaßt:  
Die Kommunisten sind in der

**DKP**

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI



## Radfahrer

*Sie springen mit dem Fallschirm vom Himmel, lassen Damenkapellen aufspielen, spendieren Freibier, reiten wie die „Römer auf stolzen Pferden“, durchschwimmen Flüsse und machen sonst noch allerlei Zirkus und Rummel, um Wählerstimmen zu ernten. Auch in Mörfelden haben wir derlei Matadore. Bescheiden wie er nun mal ist, strampelt FDP-Kandidat Rudi Schmidt mit einem Fahrrad durch die Lande. Als Werbefachmann fördert er den Verkauf und im Wahlkampf verkauft er auch sich. Parteiprogramm, Argumente, Überzeugungskraft, sie sind passe. Mit Show und gewitzten Werbegags führt man die Wähler auf den Leim. Dabei dürfte doch jedem einleuchten: Wer gut Rad fährt, macht nicht unbedingt gute Politik. Gute Politik heißt aber doch, den Wählerwillen kennen und nach ihm handeln. Bei dieser Art Wahlkampf wird die politische Diskussion mehr und mehr aus den Wahlkämpfen verdrängt. Argument steht nicht mehr gegen Argument. An ihre Stelle tritt die Manipulierung der Wähler, die psychologische Einkreisung der Massen. Parteien werden wie Schnapsmarken angepriesen und an den Mann gebracht. Ein Vorschlag an die Show-Strategen: Wie wäre es mit einem Start einer Mondrakete? Jedenfalls wären sie dann dort, wo sie eigentlich hingehörten!*

# „SCHMIDT-HENNER“ ODER DER FALSCHER WEG

Bei der Betrachtung der Ereignisse in Frankfurt im Zusammenhang mit der unberechtigten Fahrpreiserhöhung bei der Einführung des Frankfurter Verkehrsverbundes (FVV) fiel uns eine alte Geschichte ein, die sich Mörfelder Arbeiter gerne erzählen:

Vor nicht allzu langer Zeit lebte hier ein Schmiedemeister namens Knöß, allgemein unter dem Namen „Schmidt-Henner“ bekannt; ein Mörfelder Original. Dieser besaß unter anderem eine Sau. Mit dieser war er äußerst unzufrieden, weil sie keine Ferkel bekam. Das allerdings lag daran, daß die Sau ihr Lebtag keine Bekanntschaft mit einem Watz gemacht hatte. Das störte Schmidt-Henner jedoch nicht; er verdrosch die arme Sau fürchterlich mit einem Stock und rief dazu: „Mucksau, isch wern disch lerne Junge mache!!“

Was hat das mit dem FVV zu tun? Da müssen wir etwas weiter ausholen.

Der FVV beinhaltet eine saftige Preiserhöhung für die meisten seiner Benutzer, dazu kommen noch andere Fehler und Schwächen.

So ein Verbund kann ja unter Umständen recht nützlich und bequem sein, wenn man ihn a) richtig macht und ihn b) nicht dazu ausnutzt, den Leuten noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Weil dem aber so ist, muß man sich dagegen wehren. Aber wie? Wenn die Mehrheit der FVV-Benutzer, das sind die Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten, einheitlich dagegen auftreten, Druck auf den Magistrat und die Bundesbahn ausüben, wenn insbesondere die Arbeiter die Möglichkeiten ihrer Gewerkschaften ausnutzen, kann so etwas klappen, daß die Verwaltung gezwungen ist, die Fahrpreiserhöhungen zurückzunehmen.

Einigen Frankfurter Studentengruppen, die sich auch noch „kommunistisch“ nennen, war dieser Weg zu kompliziert. „Isch wern dich lerne, Junge mache!“ mögen sie gedacht haben, als sie die Straßenbahnen blockierten; in ihrer (gewollten oder ungewollten) Arbeiterfeindlichkeit natürlich während des Be-

rufsverkehrs, als die Kollegen nach Hause wollten.

Auch die Frankfurter Polizei ging nach dem Prinzip: Isch wern disch lerne... vor und markierte fürchterlich den Metz und verhaftete wild drauflos, prügelte Beteiligte und Unbeteiligte, schmiß mit Tränengas um sich, spritzte mit Wasserwerfern in Kaufhäuser und versuchte mit noch anderen Methoden, „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ zu spielen. Alles in allem hatte zum Schluß jeder was davon: Die Polizeioberen konnten sich keine bessere Ausbildung ihrer Truppe wünschen — am lebenden Objekt, gewissermaßen, viel besser als graue Theorie und Sandkastenspiele. Außerdem bekamen sie flugs noch mehr Geld, Wasserwerfer und anderes Gerät zugesagt, finanziert aus Steuergeldern, versteht sich. Auch die Studenten hatten ihren Spaß, schließlich war das eine prima Aktion, „ne dufte Demo“, man konnte so richtig schön Revolution spielen. Den Schaden hatten die Arbeiter — Tausende kamen zu spät nach Hause, und der Fahrpreis liegt noch genau da, wo er vorher war, ja über ihn, um den es eigentlich ging, wurde zum Schluß gar nicht mehr geredet. Den Nutzen hatten die hohen Herren: Die Gefahr, womöglich einer Einheitsfront von Fahrpreisgegnern gegenüberzustehen und die Erhöhung zurücknehmen zu müssen, war gebannt. Außerdem war das Ansehen der Studenten in der Arbeiterschaft weiter gesunken, und es wurde auf die „Kommunisten“ geschimpft und nicht etwa auf die hohen Herren. Fazit: Nur ein gemeinsames, organisiertes und diszipliniertes Vorgehen kann zu einem Erfolg führen. Die DKP verurteilt deshalb auch solche Aktionen, die lediglich Schlagzeilen für die falsche Sache machen, vom ursprünglichen Ziel ablenken und den Oberen die Möglichkeit geben, weitere Ausgaben für die Aufrüstung von Polizei und Grenzschutztruppen zu rechtfertigen. Wir betonen, daß Gruppen, die eine derartige Vorgehensweise für richtig halten, die Namensbezeichnung „kommunistisch“ zu unrecht tragen und die Weltanschauung der Kommunisten in den Schmutz ziehen.

Alfred Arndt

- Ich bitte um Zusendung von politischen Broschüren und Programmen der DKP
- Ich bin an einem Gespräch mit Ihnen interessiert
- Teilen Sie mir Ihre Versammlungstermine mit
- Ich möchte Mitglied der DKP werden

Name \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Beruf \_\_\_\_\_ Alter \_\_\_\_\_

# Der Opel-Krimi

**„Unser Volk lebt in sozialer Sicherheit und Freiheit!“**

Bundeskanzler Schmidt

**Das sagt der Bundeskanzler. Was meinen die 35 000 Arbeiter und Angestellten bei Opel in Rüsselsheim ?**

*Seit einem halben Jahr gibt es hier Kurzarbeit. Amerikanische Sparkommissare sitzen den Arbeitern und Angestellten im Nacken.*

*Die Angst vor Massenentlassungen grassiert am Fließband und in den Konstruktionsbüros.*

*Produzierte Autos stehen auf Halde.*

*Die multinationalen Konzerne behandeln die BRD als Kolonie der USA. Bestes Beispiel: General Motors, Detroit/USA, benutzt die Opelarbeiter wie Saisonarbeiter in einer südamerikanischen Bananenrepublik. Und das nicht erst seit heute.*

Uralt ist das Klagegedicht über die maßlosen Lohnforderungen, an denen Opel jedes Jahr neu kaputtgeht. Nur hat es Kurzarbeit und Entlassungen bei Opel schon gegeben, als man Ölscheiche nur aus Haremgeschichten kannte. Und je alarmierender die Opel-Bosse vor einer Lohnrunde die Katastrophe durch die Lohnkostenlawine prophezeiten, desto höher schwappte nachher die Profitwoge. Vom Geschäftsjahr 1973 hatten die bundesdeutschen Opel-Werke 45 Millionen DM Dividende in die USA transferieren können. Nach 10 Jahren Gejammer über maßlose Lohnforderungen sind im Geschäftsjahr 1972 das Achtfache, nämlich 356,6 Millionen DM in die USA geflossen. Dazwischen lag sogar ein Jahr, das Gesch.jahr 1969, in dem die GM-Machthaber in Detroit 419 Millionen DM aus den Opel-Arbeitern herausgeholt hatten.

Bei solchen Profiten wäre es eine Kleinigkeit, in wirklich geschäftsschwachen Zeiten, auf Kosten der Profite Verluste der Belegschaft zu vermeiden. Aber das genaue Gegenteil geschieht. Das geringste Nachlassen im Geschäftsablauf wird zur Kurzarbeit und zu Massenentlassungen benutzt. Wenn irgendwer zu verzichten hat, dann die Arbeiter und Angestellten, nicht die Bosse in den USA und ihre westdeutschen Gauleiter.

Darüberhinaus gehört die Verordnung von Kurzarbeit schon zu jeder Lohnrunde als Begleitmusik. Hier die Chronik von Profitmacherei und Konzernwillkür der letzten Jahre – der Opel-Krimi:

**Dezember 1966:** An insgesamt 4 Tagen vor und nach Weihnachten Betriebsstilllegung wegen "saisonbedingter Absatzschwankungen".

**Januar 1967:** Opel wirft 1250 Arbeiter auf die Straße. Vielen ausländischen Arbeitern war die Kündigung in den Weihnachtsurlaub geschickt worden. Auf eigene Kosten müssen sie die Reise nach Rüsselsheim und zurück zum Abholen ihrer Habe bezahlen. Diese Schweinerei wird von der Direktion als "Betriebsreinigung" von Faulenzern und Bummelanten bezeichnet.

**Januar 1967:** Weitere 3.000 Opeler fliegen auf die Straße.

**Februar 1967:** Die Belegschaft der Opel-Werke ist um insgesamt 8.000 Arbeiter und Angestellte verringert.

**Juni 1967:** Der Belegschaft wird eine "Feierwoche" verordnet. Aus Angst vor Entlassungen hat die Zahl der Krankmeldungen drastisch abgenommen.

**Juli 1968:** Aus dem Flautenjahr 1967 kann die Opel-Direktion eine Verdoppelung des Gewinnes durch Steuervergünstigungen melden.

**Juni 1969:** Gestern gefeuert – heute wieder zum Profitmachen geholt. Als erste Rate zur Nutzung des neuen Autobooms stellt Opel 1.000 Spanier ein.

**Juli 1969:** Aus dem Vorjahrgewinn sind 428 Millionen als Reserve angelegt worden. Aber nicht zur Sicherung der Arbeitsplätze, sondern der Profite. In Sonderschichten und Überstunden wird neuer Produktionsrekord anvisiert.

**Juli 1970:** Opel meldet 522 DM Dividende pro hergestelltem Auto. Mit Rekorddividende von 419 Mill. wird der seitherige Spitzenreiter Farbwerke überholt.

**November 1970:** Unter dem Stichwort "Lohnkostensteigerung" gibt Opel das Signal zur allgemeinen Erhöhung der Autopreise. Auch dieser Angriff zielt zuerst auf die Kleinverdiener: Kadett mit 300 und Rekord mit 500 DM kriegen am meisten drauf.

**November 1971:** Der Streik der Metaller von Nordbaden und -württemberg muß als Vorwand herhalten, um tageweise den Betrieb stillzulegen. Vorher Überstunden und Sonderschichten.

**Januar 1972:** Erneut genehmigen sich die Opel-Bosse Zusatzprofit durch Preiserhöhungen.

**Januar/Februar 1972:** Eine Woche Kurzarbeit für 3.000 Beschäftigte in Rüsselsheim. Vorwand: die Währungskrise.

**April 1972:** Nach Abschluß der Lohnrunde für das Werk Rüsselsheim vier Sonderschichten im April und drei zusätzliche Arbeitstage im Mai.

**August 1972:** Erneut 5 Sonderschichten für Rüsselsheim und Bochum.

**Januar 1973:** Im Rennen um den großen Profitpreis der BRD läßt Opel den seitherigen Spitzenreiter VW glatt stehen: 456 189 Neuzulassungen gegen 403 043 im Vorjahr, da kann auch VW nicht mehr mit.

**Februar 1973:** Auch im Preisrennen übernimmt Opel wieder die Führung. Mit einer Preissteigerung von 5,7 Prozent wird erneut in die Tasche der Autokäufer gegriffen.

**Juni 1973:** Opel-Boß Cunningham kann das Geschäftsjahr 1972 als das beste in der 110-jährigen Opel-Geschichte rühmen. Gegenüber dem Vorjahr wurde der Gewinn pro verkauftem Auto um 197 DM gesteigert.

**Dezember 1974:** Der Lohn für 20.000 Opel-Arbeiter aus dem Produktionsrekord erzielt auf ihren Knochen: erneute Kurzarbeit bis einschließlich Juli 1974.

Das ist der Opel-Krimi: Mit Angst, Schrecken und Geldgier. Kriminelle Unsichtbare spielen mit dem Menschenschicksal. Arbeiter werden verschoben wie Schachfiguren. Das ist Konzernstrategie im Interesse des Profits. Es ist Zeit, Einhalt zu gebieten. Es ist Zeit, diese Unordnung zu ändern. Durch Mitbestimmung im Betrieb – im Parlament.

Leute, die diese einfache Wahrheit aussprechen, sind selten in diesem Land – aber sie muß gesagt werden – auch in Wiesbaden.

Die DKP muß in den Landtag.

Stoppt die  
Putschgenerale !  
Freiheit für die  
chilenischen Demokraten !  
Freiheit für  
Luis Corvalan !



## DKP intern

Anfang Mai beschloß die DKP-Ortsgruppe Mörfelden ihr Arbeitsprogramm bis Ende dieses Jahres. In ihm werden die Prioritäten der politischen Arbeit festgelegt. Die Kommunalpolitik und die Landtagswahlen stehen oben an. Die Unterstützung der Fraktion durch die Ortsgruppe wird nach dem Plan in Zukunft verstärkt. Bei den Zusammenkünften wird Kommunalpolitik noch stärker in der Diskussion stehen. Weitere Schwerpunkte sind die Initiierung eines Frauenarbeitskreises und die Bildungsarbeit. Wie schon in der Vergangenheit werden Seminare das theoretische Wissen vertiefen. Ein Einführungsseminar in den Marxismus (für neue Mitglieder) ist geplant. Bei allen Veranstaltungen ist auch Nichtmitgliedern die Teilnahme möglich.

## Bonn drängt weiter auf Hochrüstung

Während der NATO-Tagungen im norwegischen Bergen und im Hauptquartier zu Brüssel wagten sich Holland und Großbritannien mit Vorschlägen vor, am Rüstungsbudget ihrer Länder kleinere Abstriche zu machen. Die sich verschärfenden Krisenerscheinungen, die kein NATO-Land verschonen, drängten zu solchen Überlegungen. Sie wurden jedoch in einem Zusammenspiel zwischen den Delegationen Bonns und Washingtons zurückgewiesen.

Bundesminister Leber machte sich auch zum Vorreiter, als es darum ging, Verpflichtungen für den Kauf neuer kostspieliger Waffensysteme einzugehen. Die Bundesrepublik soll nach seinen Vorstellungen ihren Anteil an den Gesamtausgaben der NATO von 25,1 auf 26,2 Prozent erhöhen. Und sie wird die bisher noch nicht ins Ausland verkauften USA-Raketen vom Typ „Lance“ anschaffen.

Die Politik Lebers richtet sich vor allem gegen die beiden zentralen Konferenzen zwischen Ost und West, die die Entspannung weiter voranbringen sollen: die Gesamteuropäische Sicherheitskonferenz und die Wiener Gespräche über Truppenreduzierung in Mitteleuropa.

Die sozialistischen Staaten haben, zuletzt im April durch die Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages, unmißverständlich ausgesprochen, daß sie dazu bereit sind. Mehr noch: daß sie auf diese militärische Konsequenz aus der Wende zur Zusammenarbeit in Europa drängen. Sie haben bei den Wiener Verhandlungen diese Bereitschaft durch konkrete Vorschläge belegt, die – anders als die NATO-Position in Wien – alle Länder im Reduzierungsraum und alle Waffengattungen einbeziehen.

Dieser Bereitschaft haben Leber und Schlesinger nichts entgegenzusetzen als obskure „Geheimberichte“ militärischer Nachrichtendienste, die schon immer gegen die Entspannung agierten, über eine angebliche Verlagerung des militärischen Gleichgewichts zuungunsten der NATO. Diese Berichte verfolgen ausschließlich Propagandazwecke und haben, trotz ihres scheinbar „nüchternen Zahlenmaterials“, mit der objektiven Wahrheit nichts zu tun.

Tatsache ist, daß die Sowjetunion ihre Verteidigungsausgaben für das Jahr 1974 um 300 Mill. Rubel (ca. eine Mrd. DM) gegenüber 1973 auf 17,6 Milliarden Rubel gesenkt hat.

Die jüngste Entwicklung in der NATO bekräftigt die Berechtigung und Dringlichkeit dessen, was der DKP-Vorsitzende Herbert Mies auf der 4. Tagung des DKP-Parteivorstandes ausführte: „Wir warnen davor, daß sich die neue Regierung dem Druck derer beugt oder denen entgegenkommt, die den Entspannungskurs aufhalten oder rückgängig machen wollen. Wir warnen aber auch vor Auffassungen, die in bestimmten Kreisen der neuen Bundesregierung geäußert werden und die darauf hinzielen, die Politik der Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern nicht mit der bisherigen Intensität betreiben zu wollen, sie nur noch als Teil einer vorrangigen Westpolitik zu verstehen. Und wir warnen vor einer Politik des Wettrüstens, wie sie von Leber auf den jüngsten NATO-Ratssitzungen vertreten wurde.“

Es liegt im Interesse aller Bürger, vor allem im Interesse der arbeitenden Menschen, der Gewerkschaften, nicht zuletzt auch im Interesse der Millionen sozialdemokratischer Mitglieder und Wähler, gegen eine Politik der weiteren Verschärfung des Rüstungswettlaufs und der Erhöhung der Rüstungsausgaben, wie sie Leber betreibt, entschlossen und energisch Stellung zu beziehen.

# UFA - ANZEIGER?

Ganz früher, so erzählen die Alten, gab es Walldorf und Mörfelden einmal eine überparteiliche Zeitung.

Das war so ein Ortsblättchen — so sagen sie — wo drinstand, wer beerdigt wird, was es im Kino gibt, daß die Singstunde des Gesangvereins ausfällt. Dieses Blatt kam wöchentlich ins Haus: man nannte es das "Freitagsblättche".

Heute gibt es eine Zeitung, die genauso heißt wie die Zeitung von früher. Aber es blieb halt nur der Name. Überparteilich? Gar nicht daran zu denken.

## Der Kneipenwitz

Da gibt es so eine Kneipenfrage: "Was hat der Freitagsanzeiger mit Picasso gemeinsam?"

Antwort: "Den Einfluß des Kub(b)ismus."

Und das ist so gemeint:

Der Mann, der viele Artikel und Kommentare im Freitagsanzeiger schreibt, heißt Karl-Heinz Kubb. Und damit das nicht so auffällt, benutzt er mindestens drei verschiedene Kürzel (khk, kw, zb). Und Kubb ist ein Schwarzer. Ein Rabenschwarzer sogar. Und noch ein paar Schreiber sind CDU-Leute. Entsprechend sehen die Artikel und Kommentare aus.

Man läßt in den Berichten hier etwas

fort, stellt dort etwas anders dar, macht so seine Klammerbemerkungen und erlaubt sich sinnenstellende Überschriften über Leserbriefe.

Diese schnodderige, unsaubere Berichterstattung wurde schon von vielen Einzelpersonen und Parteien kritisiert. Geändert aber hat sich bis jetzt noch nichts.

Ein solchermaßen "objektives" Blatt ist natürlich das ideale Publikationsmittel für die Konzerne, wie z.B. die Farbwerke Hoechst, denen man letztlich gleich 3 Seiten einräumte.

Dem Walldorfer CDU-Politiker und verantwortlichen Redakteur der Farbwerke-Zeitung, Hugo Jung, widmete man eine ganze Seite. (Na also, wenn jetzt das Anzeigengeschäft nicht blüht).

Wir meinen:

Die Zeitung, die sie gerade in den Händen halten, ist eine parteiliche Zeitung. Eine Zeitung der DKP. Das steht auch vorne drauf.

Der Freitagsanzeiger sollte sich den Untertitel "Zeitung der CDU" zulegen oder aber wieder das bringen, was die Masse der Bürger wollen: Korrekte, umfassende Informationen über das kommunale Geschehen in Walldorf, Mörfelden und Kelsterbach und in Zeppelinheim.

Aus: "Frankfurter Rundschau"

## Was der Leser meint

### „Nicht abreißen“

Seitdem bei einem Gemarkungsrundgang der Mörfelder Stadtverordneten am Wasserturm von manchen Mandatsträgern Abreißabsichten anklangen, sind aus der Bürgerschaft scharfe Stimmen laut geworden. Unsere Leserin Waltraud Träger, Mörfelden, Hochstraße 6, schreibt zum „Thema Turm“ folgendes:

Am Nordende unserer Stadt steht der Wasserturm. Er ist nicht, wie Bernhard Brehl (Vorsitzender der SPD-Fraktion im Stadtparlament — die Red.) sagt, nur „ein gewisses Wahrzeichen“. Jeder Mörfelder, der sich mit unserer Stadt ehrlich verbunden fühlt, empfindet ihn auch solches. Der Wasserturm, von vielen Mörfeldern mitgebaut, hat manchen Sturm, der über Mörfelden hinwegfegte, miterlebt und überdauert.

Wenn er mittlerweile auch seine ursprüngliche Funktion verloren hat, darf man ihn doch nicht einfach abreißen, wie es neuerdings einige Neubürger innerhalb der SPD vorhaben. Es bleibt zu

überlegen, wie er in Zukunft genutzt werden kann. Zum Beispiel könnte man ihn an bestimmten Tagen öffnen und der Bevölkerung als Aussichtsturm zugänglich machen. Es gibt sicherlich noch andere Möglichkeiten. Die Bevölkerung hat gewiß noch weitere Vorschläge. Außerdem würde ein Abbruch weit mehr Kosten verursachen als eine Renovierung. Die Frage, ob nicht durch die Instandhaltungskosten für den Wasserturm wichtige soziale Einrichtungen gefährdet seien, stellt sich mir nicht. Wäre das der Fall, müßte man laufend das eine wichtige zugunsten etwas anderem zurückstellen, dann kann man auch gleich den Kopf in den Sand stecken.

Nicht der Wasserturm und ähnliches, sondern Panzer, Kampfflugzeuge und U-Boote gefährden Schulen, Kindergärten, Spielplätze und Hallenbäder. Traut man sich natürlich nicht an die Rüstung und die Profite der Konzerne, dann bleiben einem tatsächlich nur unpopuläre Maßnahmen wie das Abreißen von „langfristigen Kostenfaktoren“ oder das Nichtbauen von Hallenbädern, Arzthäusern usw.

- Robert Lembke
- und die „kleinen“
- Geld-Unterschiede



## Was „Rate-Robert“ kassiert

München. Wenn das rote Licht der Fernsehkameras im Studio erlischt, hat der Rate-Robert Lembke („Was bin ich?“) 12 000 Mark in der Tasche. Das würde kaum ein Zuschauer eraten.

Pro Fernseh-Auftritt zahlt der Bayerische Rundfunk (BR) dem Geschäftsführer des Deutschen Olympia-Zentrums (DOZ), Robert Lembke, 6000 Mark. Sein Monatsgehalt beim DOZ wird auf 10 000 Mark geschätzt. Eine Sendung des „Heiteren Beruferatens“ wird live, also direkt, gesendet. Macht 6000 Mark. Danach wird die zweite Sendung aufgezeichnet und einen Monat später gesendet. Also 12 000 Mark pro Arbeitstag. Eine Jung-Sekretärin beim BR muß dafür ein Jahr lang arbeiten. Die Mitrater erhalten 1000 Mark pro Auftritt. Lembkes Assistentin dagegen nur 150 Mark pro Sendung!

